

LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland
Endenicher Straße 133 · 53115 Bonn

Kreis Viersen
Der Landrat
Amt für Umweltschutz
Rathausmarkt 3
41747 Viersen

Datum und Zeichen bitte stets angeben

11.01.2024
333.45-424.3/18-001

Tel 0228
Fax 02218284

Abgrabung „Weißer Stein“ in Brüggen
Antrag auf Abgrabung der Sanders Tiefbau GmbH & Co. KG in der Gemeinde
Brüggen nach § 3 Abs. 2 AbgrabG
hier: Prüfung der Auswirkungen der Planung auf das kulturelle Erbe / Be-
lange der Bodendenkmalpflege

Sehr geehrter ,

mit Schreiben vom 15.08.2023 haben Sie mir den o.a. Antrag zukommen lassen. Es handelt sich um eine Änderung des Erweiterungsantrags aus 2019. Die vorliegende Antragsfläche ist kleiner als die vormals zur Abgrabung beantragte Fläche. Mit einer Gesamtabbaufäche von 19,68 ha unterliegt das Vorhaben einer UVP-Pflicht (Anlage 1, Ziff. 23a UVP-G-NRW). Zu prüfen sind u.a. die Auswirkungen des Vorhabens auf das kulturelle Erbe (§ 2 UVP-G). Diese sind zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Innerhalb des Plangebiets sind bereits besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 aufgeführten Schutzkriterien bekannt (§ 7 Abs. 2, S. 2 UVP-G): die Planfläche beinhaltet die vollständig in die Denkmalliste der Gemeinde Brüggen eingetragenen Bodendenkmäler VIE 027 – Eisenzeitliche Grabhügelgruppe und VIE 078 – Römische Straße. Die Bodendenkmalflächen werden von der Abgrabungsfläche ausgespart. Die derzeit geplante Abgrabungsfläche liegt nordwestlich und westlich der Bodendenkmäler.

Der Vorhabenträger ist auf die ursprüngliche Forderung nach einer Sicherung der Abbauböschung zum Schutz der Bodendenkmalflächen eingegangen. Indem die Rampe/

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Die LVR-Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden erreichen Sie hier:
E-Mail: anregungen@lvr.de oder beschwerden@lvr.de, Telefon: 0221 809-2255

Besucherschrift: 53115 Bonn, Endenicher Straße 129, 129a und 133
DB-Hauptbahnhof Bonn, Straßenbahnhaltestelle Bonn-Hauptbahnhof
Bushaltestelle Karlstraße, Linien 608, 609, 610, 611, 800, 843, 845
USt-IdNr.: DE 122 656 988, Steuer-Nr.: 214/5811/0027

Zahlungen nur an den LVR, Finanzbuchhaltung
50663 Köln, auf eines der nachstehenden Konten

Helaba
IBAN: DE84 3005 0000 0000 0600 61, BIC: WELADEDXXX
Postbank
IBAN: DE95 3701 0050 0000 5645 01, BIC: PBNKDEFF370

Erschließungsstraße für die Abgrabungsfläche zukünftig mit ausreichend Abstand zwischen Abbaufäche und den eingetragenen Bodendenkmälern verläuft wird glaubhaft der Erhalt der Bodendenkmalfächen sichergestellt. Diese Aussage bezieht sich auf die Planunterlagen „Betriebsplanung- Pläne“ mit Stand April 2023 (s. Abb. 1). Die Zufahrtsstraße in den Abgrabungsbereich verläuft östlich der Grabhügelflächen (VIE 027) und durchquert im nach Westen abbiegenden Verlauf die römische Straße (Bodendenkmal VIE 078).

Die Planfläche liegt im Bereich einer Geländeerhöhung oberhalb des Maastals nahe der Terrassenkante. Solche topographischen Gegebenheiten wurden priorisiert, wie zahlreiche andere metallzeitliche Grabhügelfelder im Rheinland belegen. Mit Beginn der Jungbronzezeit, der Urnenfelderkultur, setzt sich die Brandbestattung in Urnen (i.d.R. Flachgräber, im Rheinland jedoch auch weiterhin Hügelgräber, insbesondere im Niederrheingebiet) auf großen Gräberfeldern durch. Ausgedehnte Bestattungsorte wurden von Bewohnern mehrerer in der Nähe liegenden Siedlungen über längere Zeiträume genutzt, sodass häufig mehrere Hundert Grabhügel errichtet wurden. Ein Hügelgrab bestand i.d.R. aus einem obertägigen Hügel, einem Umfassungsgraben (Kreisgraben) und einer zentral eingelassenen Grablege. Im Bereich von Hügelgräbern können des weiteren Nachbestattungen nicht ausgeschlossen werden.

Im Bereich sandiger Böden und der dort vorhandenen Heidevegetation haben sich die Grabhügel oberirdisch häufig erhalten. Nach der Aufforstung mit schnell wachsenden Nadelhölzern und der bis heute stattfindenden Forstarbeiten hat die oberirdische Erhaltung der Grabhügel eingebüßt. Zwischen den einzelnen noch erkennbaren Grabhügeln finden sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit weitere Überreste des ehemaligen Grabhügelfeldes in Form von Bestattungen und den Grabanlagen samt Kreisgraben und Grabbeigaben. Somit muss in der gesamten weiteren Planfläche mit metallzeitlichen Bestattungen gerechnet werden.

Der Vorhabenträger hat der zuständigen Behörde geeignete Unterlagen zu den möglichen Umweltauswirkungen vorzulegen (§ 15 II AbgrabG). Wie zum gemeinsamen Termin am 31.10.2023 erörtert ist eine Sachverhaltsermittlung eine geeignete Methode, um Erhalt und Umfang der zu erwartenden archäologischen Relikte eingrenzen zu können. Diese Untersuchung muss noch im Rahmen der UVP erfolgen, das Ergebnis fließt in den Bericht zur UVP ein. Dies auch vor dem Hintergrund, dass mit erhaltenen Bestattungen (ohne noch erkennbare Grabhügel) im Vorhabenbereich zu rechnen ist, die Denkmalqualität i.S.d. § 2 V DSchG NRW besitzen können.

Erst nach Vorliegen entsprechender Ergebnisse wird sich letztendlich beurteilen lassen, ob mit dem geplanten Vorhaben negative Auswirkungen auf untätig erhaltenes kulturelles Erbe verbunden sind, ob Belange des Bodendenkmalschutzes einer Zulassung des Vorhabens möglicherweise entgegenstehen oder durch die Aufnahme von Nebenbestimmungen in eine ggf. zu erteilende Genehmigung ein Ausgleich erzielt werden kann (§ 3 Abs. 2 und § 7 Abs. 1 AbgrabG).

Darüber hinaus ist bereits jetzt festzustellen, dass der Erhalt der Bodendenkmäler langfristig gesichert werden muss. Dies umfasst auch zukünftige Arbeiten am dort vorhandenen Baumbestand und jeglicher anderen Auswirkungen. Hierbei muss (bspw. durch Aufschüttungen) gewährleistet sein, dass Bodeneingriffe verhindert werden.

Darauf hinweisen möchte ich abschließend, dass die für die Durchführung der archäologischen Prospektionsmaßnahme erforderliche Erlaubnis gem. § 15 I DSchG NRW durch die zuständige Obere Denkmalbehörde im Benehmen mit dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland erteilt wird.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

